

Die ‚Revolution von 1989‘: „Konterrevolution“, bloß „nachholende Revolution“ oder „originale Revolution in der Weltgeschichte“?

Joachim Fischer

Beitrag zur Veranstaltung »Das umstrittene Erbe von 1989 – Gesellschaftliche Aneignungen, Umdeutungen, Erinnerungspolitiken« der Sektion Kulturosoziologie

Schaut man mit einem kritisch-analytischen Blick zurück auf 1989, dann geht es eigentlich um drei präzise Fragen. 1. War 1989 eine Revolution?. 2. Wenn 1989 tatsächlich adäquat als Revolution bezeichnet ist: Was war es inhaltlich eigentlich für eine Revolution? Von wo nach wohin wurde die Gesellschaft revolutionär umgebrochen? 3. Wenn 1989 nun tatsächlich die Kriterien einer Revolution erfüllt und wenn es tatsächlich von der Richtung her ein dezidiert revolutionärer Umbruch in eine eindeutig nichtsozialistische Gesellschaftsformation war – war 1989 dann eine originale, weltgeschichtlich einmalige Revolution, so gewichtig wie die Französische Revolution oder wie die Russische Revolution?

Die erste Frage ist eine Auseinandersetzung mit den für das Ereignis von 1989/90 umlaufenden Begriffen der ‚Wende‘, der ‚Implosion‘, des ‚Zusammenbruchs‘ der sozialistischen Gesellschaften oder dem Begriff der ‚Transformation‘. Die zweite Frage ist eine Auseinandersetzung mit dem neomarxistischen Begriff des Kapitalismus, der vermeintlich das Resultat der bloßen Transformation ist, in das die Betroffenen seit 1989 nun geraten sind. Die dritte Frage schließlich ist eine Auseinandersetzung mit dem Status der Revolution im national- und weltgeschichtlichen Kontext: War es eine bloß „nachholende Revolution“ westlichen Zuschnitts, wie der Sozialphilosoph Jürgen Habermas 1990 meinte und mit diesem Begriff den Ostdeutschen das Novum ihrer Revolution – wie mir scheint – auszureden versuchte?¹

Weiterhin ist zu klären, auf welches Feld von Phänomenen sich diese drei Fragen beziehen. Natürlich auf 1989/90, aber wichtig ist, sich nicht allein auf den Fall der DDR zu beschränken. Die Wiedervereinigung darf die revolutionären Vorgänge davor, die sie ermöglicht haben, nicht überdecken. Die Revolution 1989 ist das eigentlich zu entschlüsselnde Ereignis – nicht die Einheit. Die Frage, ob und inwiefern es sich bei 1989 um eine Revolution handelt, muss sich also von vornherein auf die mittel- und ostmitteleuropäischen Umbrüche insgesamt beziehen, in deren Kettenreaktion die innerhalb der sozialistischen Gesellschaften illegalen und illegitimen Bürger- und schließlich Massenbewegungen

¹ Der einzige bekannte bundesrepublikanische Soziologe, der die Relevanz von 1989 als „Revolution“ für das 20. Jahrhundert umgehend erkannt, benannt und immer erneut behandelt hat, war Ralf Dahrendorf mit seinen „Betrachtungen über die Revolution in Europa“ – aber bezeichnenderweise von seinem damaligen englischen Beobachtungsposten als Lord Dahrendorf (Dahrendorf 1990).

auch in der DDR eingebettet sind, wie sie sich in vielen Gemeinden, dann in die öffentlichen Räume der großen und kleinen Städte hervorwagten. Es handelt sich vom Phänomen her insgesamt um die 1989 kulminierenden revolutionären gesellschaftlichen Umbrüche in den osteuropäischen modernen Gesellschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Recht verstanden beginnen die ostmitteleuropäischen Umbrüche in diesen sozialistischen Gesellschaften lange vor 1989, im Sommer 1980 in Polen, mit dem nichtsozialistischen Generalstreik, der Gründung einer nichtsozialistischen Gewerkschaft unabhängig von der kommunistischen Partei, die schließlich in jahrelangen Kämpfen in Verboten und Runden Tischen Ende der 1980er-Jahre ein Machtfaktor in der polnischen Gesellschaft wird, offene Wahlen erzwingt und diese Wahlen im Juni 1989 gewinnt. In diesem Zusammenhang gehört ebenfalls der zwischen Regierung und neu sich konstituierender Opposition an Runden Tischen ausgehandelte Übergang zu einem nichtsozialistischen Verfassungsstaat in Ungarn, der auch mit souveränen außenpolitischen Entscheidungen verbunden war – z.B. die Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich, die für alle sowjetisch inkludierten Gesellschaften einen Durchbruch zeitigten. Hierdurch gewinnen die gleichzeitigen Oppositionsbewegungen in und massenhaften Fluchtbewegungen aus der DDR an Fahrt, die die dortige regierende kommunistische Partei, die SED, unter erheblichen Druck setzen, bis hin zur unregulierten Maueröffnung – dem weltweit medial mit Hoffen und Schaudern, in jedem Fall mit starken Emotionen wahrgenommen sogenannten Fall der Mauer. Das wiederum hat Rückwirkungen auf das Anwachsen studentischer Demonstrationen in der ČSSR zu Massenprotesten, die in einem Generalstreik die Preisgabe sozialistischer Prinzipien in dieser Gesellschaft bewirkten. Erst wenn man diesen gesamtrevolutionären Umbruch im Blick behält, kann man die Ereignisse in der DDR sehen und angemessen einschätzen – insofern die revolutionären Ereignisse („Wir sind das Volk“) überhaupt erst die Frage nach der Wiedervereinigung bzw. der Überwindung der deutschen Teilung 1990 in ihrer eigenen Motivik („Wir sind ein Volk“) hervorbringt. Das ist zeitgeschichtlich alles bekannt und in 30 Jahren immer wieder erforscht worden (z.B. Henke 2009; Kowalczyk 2009; Pollack 2020).

Bei der Beantwortung der drei Fragen: Handelt es sich tatsächlich um eine Gesellschaftsrevolution? Wenn ja, um was für eine? Und ist es weltgeschichtlich eine originale Revolution? gehe ich nüchtern historisch-soziologisch vor. Es geht nicht um eine moralisch-politische Bewertung dieser Vorgänge oder um eine Empathie mit ihnen. Gefragt ist also nicht: War der Umbruch 1989 gut oder eher schlecht? Oder, wenn es anfangs gut war, hat es sich zum Schlechten hin entwickelt? War die gesamte Bevölkerung an dem Umbruch beteiligt oder doch nur Minderheiten? Haben sich die revolutionären Erwartungen erfüllt? Sind die revolutionären Subjekte durch die Entwicklungen enttäuscht? Es geht also allein um einen historisch-soziologischen Blick auf die Ereignisse von 1989, der eine ethische Bewertung möglichst ausklammert. Um es zuzuspitzen: Die Erörterung lässt es gleichsam für die Zeit der Erörterung dahingestellt, ob es sich bei den vorrevolutionären sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsprojekten (Furet 1996; Applebaum 2013), die im Zuge des Umbruchs von 1989 revolutionär überwunden wurden, um gattungsgeschichtlich sinnvolle, legitimierbare Gesellschaftsstrukturen gehandelt haben könnte.

War 1989 überhaupt eine Revolution?

Das ist trotz aller Bemühungen z.B. schon seit den 90er Jahren (Neubert 2002, 2008), dann beim 20. Jubiläum (Kowalczyk 2009; Schuller 2009) und auch nach 30 Jahren überhaupt nicht klar bzw. geklärt, weil nach 1989 bis heute mehrere ganz andere Begriffe für das Ereignis kursieren bzw. dominieren. Innerhalb des privaten und auch öffentlichen Sprachgebrauchs herrscht der Begriff „Wende“; inner-

halb ihrer biographisch-historischen Erinnerung sprechen z.B. die wenigsten Mitglieder der ehemaligen DDR-Gesellschaft von einer „Revolution“.² Alternativ dominiert im öffentlichen und wissenschaftlichen Kontext der Begriff des „Zusammenbruchs“, des „Kollapses“ des sowjetisch-sozialistischen Systems einschließlich von Polen, Ungarn, der DDR und der ČSSR. Begriffe, die vor allem auch unter Sozialwissenschaftler:innen bevorzugt werden³ – offensichtlich, um den Begriff der Revolution zu vermeiden. Eine weitere Variante ist der Begriff der „Transformation“, des „Systemwechsels“. Allen diesen Begriffen ist eine betont passive Tendenz eingeschrieben – die Begriffe Wende, Zusammenbruch, Implosion oder Transformation sperren sich gegen jeden Versuch, die Ereignisse von 1989 als *Revolution* zu klassifizieren.⁴

Der Begriff *Wende* wird beharrlich verwendet, obwohl inzwischen allgemein bekannt ist, dass es sich um einen Begriff der SED selbst handelt. Egon Krenz verkündete am 18. Oktober 1989 nach der im Politbüro erzwungenen Ablösung von Erich Honecker: „Mit dem heutigen Tag werden wir eine Wende einleiten“ [mit wir meinte er die SED] und damit „werden wir die politische und ideologische Offensive wiedererlangen“. In einem Telefongespräch mit dem westdeutschen Kanzler betonte Krenz, dass es sich um eine „Wende, aber keinen Umbruch“ handle. Mit dem Begriff Wende für 1989 ist also im biographischen Sprachgebrauch betroffener ehemaliger Mitglieder der DDR-Gesellschaft die SED-Sprache übernommen, wobei damit zunächst so etwas gemeint ist wie ein Richtungswechsel, den die dominierende kommunistische Partei von oben selbst einleitet, wie ein Kurswechsel beim Segeln oder ein Fahrtrichtungswechsel beim Autoverkehr.⁵ „Wende“ spielt natürlich auch mit der Assoziation der Wendigkeit, des habituellen Opportunismus, der massenhaft zugemuteten Anpassung an neue Verhältnisse. Vermutlich mischt sich in diesen hartnäckigen, bis heute währenden Sprachgebrauch der betroffenen Gesellschaftsmitglieder aber noch eine andere Bedeutung: Wende meint dann unter biographischen Gesichtspunkten so etwas wie eine Schicksalswende, als habe sich gesellschaftlich unabhängig von subjektiven Absichten ein großer gesellschaftlicher Klimawechsel ereignet, dem sich keine Biographie bis in die beruflichen und privaten Verhältnisse entziehen konnte. Dementsprechend gibt es dann auch ‚Nachwendegenerationen‘, die nach 1989 geborenen Menschen, die gleichsam doppelt dem Schicksal ausgelieferte Subjekte sind.

In den Sozialwissenschaften bevorzugt ist zudem der Begriff der „Transformation“, der ebenfalls den der Revolution umgehen kann: So gesehen handelt es sich bei 1989 um einen mit Anpassungsproblemen und Krisen verbundenen sozialen Wandel, eine tiefgreifende Umwandlung bzw. Umformung von bestimmten Gesellschaften in ein vollkommen neues sozialstrukturelles und soziokulturel-

² Dieser Streit als Streit der adäquaten Benennung des Ereignisses von 1989 bereits resümiert zum 20-jährigen Jubiläum: „Wende“? „Friedliche Revolution“? „Mauerfall“?, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 19. Oktober 2009.

³ Die bundesrepublikanischen Soziolog:innen haben nahezu systematisch den Begriff der ‚Revolution‘ für das Ereignis 1989/90 zugunsten der Formel „Der Zusammenbruch der DDR“ vermieden: Joas, Kohli 1993. Auch der politikwissenschaftliche Experte des „SED-Staates“, Klaus Schroeder, verwendet den Leitbegriff des „Zusammenbruchs der DDR“ (Schroeder 2002). – Der Transformationsbegriff prominent bei Gerhardt 2009. Gleichfalls den Transformationsbegriff bevorzugend: Claus Offe 1994.

⁴ Weitere typische passive Begriffe für das Umbruchereignis 1989: Erosion, Untergang, Scheitern. Kowalczyk (2009b) hat ausführliche Überlegungen angestellt, warum wer aus welchen Mentalitäten und Interessen den Ereignissen von 1989 den Titel der ‚Revolution‘ vorenthält. Mein Beitrag konzentriert sich ausschließlich auf die Frage, wie man soziologisch den Status von 1989 als Revolution plausibilisieren kann.

⁵ Zur Kritik des Begriffes der ‚Wende‘ für das Ereignis von 1989 durch Akteur:innen des Umbruchs: Eppelmann, Grünbaum 2004.

les Format, also für die Betroffenen einschneidende Übergangsprozesse, für die sie nichts können, unter denen sie leiden, die sich über Jahre abspielen.

Kommen wir nun zu Begriffen für 1989, die aktivistische Momente akzentuieren: Wie bekannt ist, verwendete unter anderem die führende SED-Protagonistin Margot Honecker prominent den marxistisch-leninistischen Begriff der „Konterrevolution“, d.h. der radikalen, gewollten Aufhebung der gesellschaftlichen Errungenschaften einer sozialistischen Gesellschaft seit der Russischen Revolution. Damit erfasst sie möglicherweise viel präziser als alle Sozialwissenschaftler:innen, die das Ereignis passivisch als Wende, Implosion oder Transformation kennzeichnen, dass 1989 tatsächlich ein Willensereignis war, dass sich durch aktiv handelnde Menschen etwas Dramatisches, weltgeschichtlich Erschütterndes abgespielt hat (Schumann 2009).

Mit dem Begriff der „Konterrevolution“ ist man der Beantwortung der ersten Frage einen Schritt näher gekommen: Handelt es sich 1989 tatsächlich um eine Revolution? Es gibt natürlich den seit den 90er Jahren politisch quasi-offiziellen Begriff der „friedlichen Revolution“, in Tschechien den der „Samtenen Revolution“, in Ungarn sogar den der „Stillen Revolution“. Bei diesen offiziellen Begriffsfügungen liegt der Fokus immer auf „friedlich“, nicht auf Revolution. Die Revolutionär:innen von 1989 waren ja auch sehr diszipliniert, was eine Bedingung ihres Erfolges war – und hier ist selbstverständlich bedeutend der die Gewaltfreiheit beschwörende Atmosphärenraum der Kirche in der DDR als Asylraum der sich bildenden Bürgerbewegungen. Aber bedeutend ist und bleibt 1989 doch als Revolution.

Was macht nun eine Gesellschaftsrevolution aus? Um der Zuspitzung willen konzentriert sich die Argumentation auf zwei Merkmale: Es muss zunächst sogenannte revolutionäre Subjekte geben, die gemeinsam wenigstens für entscheidende Phasen den subjektiven Eindruck haben, dass es auf ihr existentielles, riskantes Engagement im Umbrechen von herrschenden Verhältnissen, von Gesellschaftsverhältnissen der Herrschenden ankommt. Denn dass es ein Machtvakuum in einer bestehenden Herrschafts-Gesellschaft gibt, stellt sich faktisch immer erst im Nachhinein, im praktischen Test heraus, der eben nichts anderes ist als die riskierte Aktivität von revolutionären Subjekten.⁶ Und diese subjektive Komponente liegt offensichtlich eindeutig den Ereignissen von 1989 in den verschiedenen ostmitteleuropäischen Gesellschaften einschließlich der DDR zugrunde (und wird von Zeitzeugen in allen Interviews erwähnt).

In der DDR bilden sich im Zeitraum von den Kommunalwahlen im Mai 1989 über die anschwellenden Demonstrationen im Oktober 1989 in diesem Sinne revolutionäre Subjekte, die bis zur Wahl zur Volkskammer im März 1990 in Alarmbereitschaft blieben und sich immer erneut rekrutierten (Jesse 2006). Dabei bildete vor allem die im Dezember 1989 erzwungene Auflösung „Staatssicherheit“ einen weiteren revolutionären Akt, in dem noch einmal die genuin revolutionäre Kraft ihren Ausdruck fand (Pollack 2020, S. 117). Es kommt in der Rückschau vor allem darauf an, das Risiko des offenen Ausganges im Blick zu behalten, das die Subjektkomponente einer Revolution bestimmt: Man muss nur an die illegale Gründung des Neuen Forums in der DDR durch Bürgerrechtler:innen denken – einer aus Sicht der Verfassung der sozialistischen Gesellschaft aus gesehen illegale, aus marxistischer Sicht grundsätzlich illegitime Vereinsgründung. Allgemein waren die ostmitteleuropäischen Aktionen sich

⁶ Als offensichtlich geeignete Theorie zur Interpretation der revolutionären Vorgänge in Ostmitteleuropa einschließlich der DDR hat sich die nicht-marxistische Revolutionstheorie von Hannah Arendt angeboten, die statt der Französischen Revolution der Amerikanischen Revolution abgelauscht ist: Arendt 1965. – Zu einer Applikation dieser Arendtschen Revolutionstheorie für die Umbrüche in der DDR: Baule 1996.

neu konturierender Bürger:innen, die es 1989/90 wagten, sich in SED-Staatsfeind:innen zu verwandeln, vom Begleitwissen um die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in China (Tianmen-Platz-Massaker im Juni 1989) bestimmt. Und auch im Fall der Massenabwanderung des „unzufriedenen Volkes“ (Pollak 2020), der demonstrativen Flucht von Individuen und Familien aus dem sozialistischen Projekt, war für die je Beteiligten in den bundesdeutschen Botschaften unklar, wie die Sache ausgehen würde. Allerdings waren ihnen bewusst, dass ihre je individuellen Entschlüsse der riskierten Abwanderung in dieser Massenhaftigkeit objektive Folgen für das gesamte sozialistische Projekt haben würde. Insofern braucht man nicht im Nachhinein zu streiten – sowohl die thematisch differenzierten Bürgerrechtsbewegungen (Leistner 2016) wie das „unzufriedene Volk“ (Pollak 2020) waren Abschattungen des sich bildenden revolutionären Subjekts.⁷

Tritt also das eine Revolutionskriterium, die Subjektkomponente, das revolutionäre Subjekt, offen zutage, so ist das andere für die Kennzeichnung von 1989 als Gesellschaftsrevolution noch unabweisbarer: der ‚vollkommene‘ Umbruch, die radikale Umstellung nahezu aller Teilbereiche der bisherigen sozialistischen Gesellschaft in neue Strukturen als Folge revolutionärer Taten. Die verschiedensten Intentionen der revolutionären Subjekte und deren Wunsch nach einem radikalen Wandel führten in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften zur vollständigen Umwälzung der Rechtsverhältnisse und der politischen Systeme. Ebenso der Erziehungsverhältnisse, der Medienverhältnisse, der Wissenschafts- und Kunstverhältnisse, schließlich der lokalen, regionalen und nationalen Wirtschaftsverhältnisse in Polen, Ungarn und der ČSSR.

Man muss sich bezogen auf die DDR deshalb klar machen: Auch wenn es für deren revolutionäre Bewegung die Option einer Wiedervereinigung nicht gegeben hätte, wären die objektiv revolutionären Umbrüche auf Grund der subjektiven revolutionären Tat von 1989 eingetreten. Denn wenn man den Raum der Civil Society einmal revolutionär herstellt, öffnet man ihn auch konkurrierenden Alternativen. Hinter der sehr umstrittenen Forderung nach einer Wiedervereinigung, dem Umschwung von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ im November 1989 steckte ja im Kern nicht in erster Linie ein ökonomischer, sondern ein politischer Wille: Ein Teil der Revolutionär:innen, nämlich diejenigen, die mit ihrem Land aus der sozialistischen Gesellschaft ausbrechen wollten und durch rasch vorgezogene Wahlen und der Option der Wiedervereinigung ein zweites sozialistisches Experiment blockieren wollten, traten bei den Leipziger Montagsdemonstrationen seit Dezember 1989 gegen die Revolutionär:innen an, die den Sozialismus zu reformieren trachteten. Es ist ein Tiefenmissverständnis, die turbulenten Vorgänge der 90er Jahren, die partielle, bis in die Familien hineinreichende Anomie in Ostdeutschland ursächlich der Wiedervereinigung zuzuschreiben und nicht vielmehr der initialen revolutionären Aktion und Verve der Ostdeutschen von 1989/90.⁸

⁷ Eine soziologische Deutung innerhalb der bundesrepublikanischen Soziologie kam für diese subjektive Dimension der Gesellschaftsrevolution in der DDR aus der Akteur:innen-Perspektive der Rational-Choice-Theorie: „Zu den Ursachen einer spontanen Revolution“, Opp 1993, S. 194–222.

⁸ „Die alte Ordnung war handlungsunfähig, delegitimiert und moralisch kompromittiert, die von ihr vertretenen Werte und Überzeugungen zerschossen; Bürger- und Massenbewegungen stellten sich ihr entgegen und forderten neue politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Strukturen, Werte, Ideen, Kulturen und Herrschaftseliten, fast nichts war im öffentlichen Raum wie zuvor: Was spricht dann gegen die Bezeichnung als Revolution?“ (Kowalczyk 2009a; auch zu finden in Kowalczyk 2009b, S. 540).

Was war 1989 für eine Gesellschaftsrevolution – von wo nach wo?

Wenn es sich bei 1989 von der Form her in zwei wichtigen Kriterien tatsächlich um eine Revolution handelt, um eine veritable Gesellschaftsrevolution – was ist es denn dann inhaltlich eigentlich für eine Revolution gewesen?

Der tiefe Grund, dass dem Ereignis von 1989 oft das Prädikat ‚Revolution‘ vorenthalten wird, liegt darin, dass auch durch die Sozialwissenschaften unaufgeklärt bleibt, von wo nach wo diese ‚Revolution‘ ging. Hier liegt vor allem eine Blockade durch Marx und die Renaissance des Neo-Marxismus vor, weil Marx ja die ‚Revolution‘ immer von einer kapitalistischen Gesellschaft in eine kommunistische Gesellschaft analysiert und erwartet hatte. Marx selbst und die marxistische Theorie ist ein dezidiert ungeeigneter Bezugsrahmen, um die ‚Revolution‘ von 1989 zu interpretieren. Bezieht man sich gesellschaftsanalytisch erneut auf ihn, muss man das Ereignis von 1989 umgehen, da es sich ja hier nicht um verelendete Massen handelte, die durch eine politische Avantgarde sich zur Revolution formierten – im Gegenteil, die Massen des sozialistischen Systems waren sozial gut abgesichert. Es ist offensichtlich, dass hier eine Klarstellung durch den gegenwärtig wieder benutzten diagnostischen Begriff des ‚Kapitalismus‘ oder „Spätkapitalismus“ verdeckt wird.⁹ Diese Gegenwartskennzeichnungen bleiben aber einer vom sozialistischen Gesellschaftsprojekt und dessen marxistischer Theoriesprache entwickelten Begrifflichkeit verhaftet – denn ‚Kapitalismus‘ war der negative Gegenbegriff zum positiv besetzten Begriff des ‚Sozialismus‘. Insofern blockiert die Kennzeichnung ‚Kapitalismus‘ die Erkenntnis von 1989 als Gesellschaftsrevolution bestimmter Art und Richtung.

Das Ziel der revolutionären Subjekte in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften war ja nicht der ‚Kapitalismus‘, jedenfalls haben sie es so nicht genannt, sondern zunächst und in allererster Linie war das in tausend Diskussionen und Manifesten beschworene Ziel die revolutionäre Herstellung einer ‚Civil Society‘ – das was man im Deutschen als ein zentrales Strukturmoment *bürgerlicher Gesellschaft* neben anderen (Privateigentum; Individualisierung) kennzeichnen würde (Fischer 2010, 2014). Diese revolutionäre Forderung nach Öffentlichkeit war offensichtlich durchweg das egoistische Interesse der Revolutionär:innen im ‚Freiheitskampf‘ 1989, weil sie sich bewusst waren, dass diese öffentlichen Freiheiten eine *conditio sine qua non* aller nachgeordneten individuellen Interessenverfolgung waren (Fischer 2012). Insofern sieht man deutlich, dass die für eine sozialistische Moderne unerhörten und schließlich sich Gehör verschaffenden Forderungen von 1989 sich immer zunächst auf die Herstellung einer neuen Öffentlichkeit als Kern einer im Sozialismus vollkommen neuartigen Vergesellschaftung bezogen, eine für diese Gesellschaftsformation illegale und illegitime, überschreitende Vergesellschaftung – unüberhörbar in den Postulaten der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Vor allem ging der Kampf um das Bürgerrecht auf selbstgebildete und selbstverwaltete Assoziationen, auf spontan sich bildende und intervenierende Vereine mit eigenen Wahlämtern, Satzungen, Schiedsgerichten etc., einschließlich politischer Gruppierungen.

Wenn man die Frage verfolgt, von wo nach wo die Revolution sich ereignet hat, ist es neben der sozialwissenschaftlichen Verkennung des genuin politischen Motivs der Revolutionär:innen auch ein Missverständnis, die Interessen der Entfaltung der Privatheit der Subjekte 1989 rein materialistisch zu interpretieren. Hier hat bereits der damalige grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily eine fehlgehende Deutung suggeriert, als er im März 1990 nach der ersten freien Volkskammerwahl als Erklärung

⁹ Statt ‚Spätkapitalismus‘ bei Jürgen Habermas und Claus Offe bereits in den 70er Jahren später die „vertagte Krise“ des ‚demokratischen Kapitalismus‘: Streeck 2013 – entscheidend bleibt für diese Soziologen:innen gesellschaftstheoretisch der neomarxistische Rückgriff auf die Kategorie des „Kapitalismus“ für die Gegenwartsgesellschaft.

der Mehrheitsvoten eine Banane in die Kamera hielt: Es handele sich bloß um eine ‚Konsumrevolte‘, die Menschen im Osten hätten allein aus ökonomischen Interessen entschieden, sie hätten es satt, Trabant zu fahren und maximal bis Bulgarien reisen zu können.

Dieses ökonomistische Argument sollte die Ostdeutschen beschämen und verkannte die Intentionen der Revolutionär:innen verschiedenster Schattierungen. Die zentrale Forderung nach ‚Reisefreiheit‘ im Kraftfeld der Revolution stand doch als absolute Metapher eher dafür, überhaupt als individuelles Subjekt bestimmen zu können, wohin die eigene Lebensreise gehen soll – so sehr sie auch scheitern kann. Da ging es nicht um Pauschalreisen und All inclusive, sondern um die revolutionäre Etablierung des bürgerlichen Prinzips der Individualisierung. Diese Forderung nach Freizügigkeit über das lebensgefährliche Grenzregime hinaus, nach Individualisierung haben die revolutionären Subjekte nach dem 9. November massenhaft in Anspruch genommen. In der Konsequenz dieser revolutionären Forderung nach Individualisierung gehört zum revolutionären Umbruch auch, Privateigentum zuzulassen – den Erwerb von Konsumgütern, von Wohnungen oder gar Häusern, die riskante Eröffnung von Geschäften, Unternehmensgründungen, die eigene Gestaltung der Altersvorsorge, die europaweite Wahl des Wohnsitzes. Das schienen den Aktivist:innen alles keine Fragen allein von Konsum, sondern von selbstverantworteter Lebensgestaltung zu sein.

Von wo nach wo? Offensichtlich handelt es sich 1989 um den revolutionären Umbruch von sozialistisch-kommunistischen Sicherheitsgesellschaften (mit ihrer abschließenden Lösung der sozialen Frage in Gestalt der Arbeitsplatz- und Wohnungsgarantie, mit der paternalistischen Betreuung der Gesellschaftsmitglieder) hin zu einer *bürgerlichen Gesellschaft*, einer bürgerlichen Risikogesellschaft¹⁰ (mit dem Risiko spontan gegründeter Assoziationen, selbstentworfenen Biographien der Individuen einschließlich des Scheiterns, akkumulierten Kapitals einschließlich möglicher Insolvenzen). Nicht auf Grund der Wiedervereinigung, sondern auf Grund des 1989 initiierten revolutionären Strukturumbruchs gab es die erheblichen biographischen Brüche, natürlich wie in allen Revolutionen bittere Zäsuren in den Lebensläufen der gestürzten, politisch tragenden Herrschaftsgruppen der DDR, aber auch der vielen Mitläufer:innen und ihrer Familien. Es gab einen großen, oft nicht wieder gut zu machenden Verlust an Sicherheit, es gab Anomie. Das war aber in letzter Hinsicht die Folge der revolutionären Tat, die 1989 das Prinzip der totalen Integration, der sozialen Sicherheitsgesellschaft mit ihren volkseigenen Betrieben und den Massenorganisationen sprengte – nicht etwa eine Folge der Wiedervereinigung oder gar der Treuhand (Plötzl 2019).

Und war 1989 eine originale Gesellschaftsrevolution der Weltgeschichte?

Zum Abschluss die dritte Frage: Selbst wenn es sich bei 1989 tatsächlich um eine handfeste Revolution handeln sollte und selbst wenn sich der damit verbundene revolutionäre Umbruch inhaltlich präzise bestimmen lässt, bleibt immer noch die Frage: Handelt es sich hier weltgeschichtlich um eine ‚originale Revolution‘, um eine Gesellschaftsrevolution mit Gewicht – vergleichbar der Französischen oder der Russischen Revolution? Das ist eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der bloß „nachholenden

¹⁰ Zur soziologischen Theorie der „bürgerlichen Gesellschaft“: Fischer 2010, 2012, 2014.

Revolution“ (Habermas 1990). Das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen, und zwar aller beteiligten und betroffenen Generationen, ob junge Menschen, Eltern oder Großeltern, sollte mit dieser Formulierung der bloß nachholenden Revolution gebrochen werden – es ist ihnen durch die westdeutschen Intellektuellen ausgedeutet worden, national- und weltgeschichtlich erstklassig zu sein aufgrund dessen, was sie revolutionär 1989/90 geleistet haben.

Mitnichten ist 1989 einfach eine bloß „nachholende Revolution“ – denn es handelt sich ja um eine welthistorische Zäsur, nämlich den weltgeschichtlich erstmaligen revolutionären Übergang von sozialistischer Moderne in bürgerliche Moderne. Nicht wie in der Französischen Revolution geht es um die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber feudalen Strukturen, sondern in der ostmitteleuropäischen Revolution wurde offensichtlich eine Neuerfindung der Prinzipien bürgerlicher Vergesellschaftung inmitten der avancierten sozialistischen Moderne angezettelt. Originell ist das deshalb, weil sich diese sozialistische Moderne seit Marx und dem Historischen Materialismus seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als der geschichtsphilosophisch ausgewiesene, erwartbare, unausweichliche Sieger der Menschheitsgeschichte im Sinne einer materialen Vernunftgeschichte der Gattung verstanden hatte (Furet 1996). Das ganze 20. Jahrhundert stand im Banne dieser intellektuell vielfach begründeten Erwartung der Ablösung bisheriger überkommener bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung durch die sozialistische Vergesellschaftung. Insofern handelt es sich bei 1989 um eine Neuschöpfung bürgerlicher Vergesellschaftung inmitten des als Inbegriff der Moderne verstandenen sozialistischen Gemeinschaftsprojektes. Nicht die Anlehnung an den Westen und dessen Muster ist die Pointe der ostmitteleuropäischen Revolutionen von 1989, sondern vielmehr die aus Osteuropa aufbrechende revolutionäre und innovative Belehrung des Westens über die geschichtliche Unwahrscheinlichkeit und Fragilität seiner eigenen bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse – angesichts immer möglicher alternativer nichtbürgerlicher Gemeinschaftsprojekte. Historisch-soziologisch gesehen ist 1989 eine originale Gesellschaftsrevolution – mindestens so originell wie die Französische oder wie die Russische Revolution (Fischer 2017, 2019). Diesen vollkommen unerwarteten weltgesellschaftlichen Durchbruch des ‚Bürgers‘ und der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ inmitten einer kommunistischen Moderne haben die Revolutionär:innen von 1989/90 angerichtet (Fischer 2017, 2019a, 2019b).

Konsequenzen

Während die Französische Revolution 1789 die bürgerliche Gesellschaft gegenüber der feudalen Gesellschaft heraufführt, führen die ostmitteleuropäischen Revolutionen 1989 die bürgerliche Gesellschaft gegenüber den modernen sozialistischen Gesellschaften herauf – das ist ihr Novum. Diese revolutionäre Neuschöpfung der bürgerlichen Gesellschaft ist offensichtlich ein Geschichtszeichen mit weltweiter Ausstrahlung in die Weltgesellschaft – wenn man die Wirkungsgeschichte dieser Gesellschaftsrevolution weltweit in die unabgeschlossenen Aufbrüche in verschiedensten nichteuropäischen Gesellschaften sieht. Zum Beispiel die massiven, beharrlichen Proteste im Hongkong von 2019, wo es im Ringen mit dem kommunistischen China um die partizipativen Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und um Individualisierungsfreiheit geht. Kant hatte aus seiner Zeitgenossenschaft die Französische Revolution das „Geschichtszeichen“ einer unvergesslichen Erfahrung der Menschheitsgeschichte genannt, der „Revolution eines geistreichen Volkes“, die in den Gemütern auch „aller unbeteiligten Zuschauer Enthusiasmus erwecke.“ (Kant 2005)

Als Gesellschaftsrevolution recht verstanden könnten auch die ostmitteleuropäischen Revolutionen 1989 einschließlich der friedlichen Revolution in der DDR ein solches Geschichtszeichen sein. Sind

erstens die Ereignisse von 1989/90 einmal richtig als „Revolution“ erkannt (statt als Wende, Zusammenbruch, Transformation), ist zweitens die Richtung der Revolution (was zettelte sie von wo nach wo an) identifiziert und ist der Status dieser Revolution als Novum der Weltgeschichte, als eine „originale Revolution in der Weltgeschichte“ (Fischer 2019a) bestimmt, dann könnte auch das zu neuen intergenerationellen Debatten in den verstrickten Familien dieser Gesellschaften führen, zu die Zungen lösenden, züngelnden Generationendebatten zwischen den Mitträger:innen zum Beispiel der vorrevolutionären leninistisch-kommunistischen DDR, den in sich differenzierten revolutionären Umbruchgenerationen und den Generationen nach dem revolutionären Epochenumschlag 1989 – die dann eben keine bloßen „Nachwendekinder“ wären, sondern ‚Nachrevolutionskinder‘, die eventuell ganz andere Fragen an ihre Eltern und Großeltern als Mitträger:innen eines marxistisch-leninistisch inspirierten Gemeinschaftsprojektes fragen könnten. Die Ostdeutschen bräuchten sich mit den Begriffen der Wende, des Zusammenbruchs, der Systemtransformation nicht mehr die nachhaltige aktivistische *Revolution* zu verdecken, die sie doch in der ein oder anderen riskanten Partizipation 1989/90 aktiv angerichtet haben – sie bräuchten ihr eigenes Tun nicht hinter diesen auffällig betont *passivischen* Kennzeichnungen zu verstecken. Sie müssten sich ihrem eigenen revolutionären Tun in den Konsequenzen stellen und könnten dafür Verantwortung übernehmen (Findeis 2019).

Literatur

- Arendt, Hannah. 1994. *Über die Revolution* (On Revolution, New York 1963), 4. Aufl. München: Piper.
- Applebaum, Anne. 2013. *Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956*. München: Siedler Verlag.
- Baule, Bernward. 1996. Freiheit und Revolution. Die Bedeutung von 1989 für die Berliner Republik. In *Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland*, 82–106, Hrsg. Rita Süßmuth. Berlin: Aufbau Verlag.
- Dahrendorf, Ralf. 1990. *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. Stuttgart: DVA.
- Eppelmann, Rainer, und Robert Grünbaum. 2004. Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution war keine ‚Wende‘. *Deutschland Archiv* 5:864–869.
- Findeis, Hagen. 2019. Warum befragen wir unsere Eltern nicht? Es ist leicht, über den Westen zu klagen – aber was sagen jene, die die SED-Diktatur mitgetragen haben? *FAZ*, 13. August, Nr. 186, 12.
- Fischer, Joachim. 2012. *Wie sich das Bürgertum in Form hält*. Hrsg. Anne Hamilton. Springe: Zu Klampen.
- Fischer, Joachim. 2010. Bürgerliche Gesellschaft. Zur analytischen Kraft der Gesellschaftstheorie. In *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum: In welchem Land leben wir?*, Hrsg. Heinz Bude, Joachim Fischer und Bernd Kauffmann, 203–228. München: Fink.
- Fischer, Joachim. 2014. Bürgertum und Bürgerlichkeit. Max Webers Soziologie des Bürgertums im Lichte zeitgenössischer Entwicklungen. In *Max Weber Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Hrsg. Hans Peter Müller und Steffen Sigmund, 389–392. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Fischer, Joachim. 2017. Ist 1989 eine Revolution? Und wenn ja, was für eine? Und war sie weltgeschichtlich bedeutsam? In *Un/Ordnungen denken. Beiträge zu den Historischen Kulturwissenschaften. Festschrift Reinhard Blänkner*, 250–272, Hrsg. Anne Gräfe und Johannes Menzel. Berlin: Quintus-Verlag.
- Fischer, Joachim. 2019a. „1989 war eine originale Revolution in der Weltgeschichte. Interview mit dem Soziologen Professor Joachim Fischer“ durch Thomas Baumann-Hartwig. *Dresdner Neueste Nachrichten*, 18. Oktober.
- Fischer, Joachim. 2019b. War 1989 überhaupt eine Gesellschaftsrevolution? Ja – eine originale Revolution der Weltgeschichte! *Dresdner Hefte*, Nr. 140: „Unser `89. Rückblicke nach 30 Jahren“, 30–40.

- Furet, Francois. 1996. *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*. München: Piper.
- Habermas, Jürgen. 1990. *Nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Henke, Klaus Dieter (Hrsg.). 2009. *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: dtv.
- Jesse, Ekkehard (Hrsg.). 2006. *Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Joas, Hans, und Martin Kohli (Hrsg.). 1993. *Der Zusammenbruch der DDR*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kant, Immanuel. 2005. *Der Streit der Fakultäten*. Hrsg. Horst D. Brandt und Piero Giordanetti. Hamburg: Meiner.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha. 2009a. Die Revolution von 1989. *Vorgänge* 185(1):4–13.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha. 2009b. *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*. München: C.H. Beck.
- Leistner, Alexander. 2016. *Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR*. Konstanz: uvk.
- Neubert, Ehrhard. 2002. Friedliche Revolution. In *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*, 151–154. München: Propyläen Verlag.
- Neubert, Ehrhard. 2008. *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*. München/Zürich: Piper.
- Opp, Karl-Dieter (Hrsg.). 1993. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution. In *Der Zusammenbruch der DDR*, Hrsg. Hans Joas und Martin Kohli, 194–222. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Offe, Klaus. 1994. *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt am Main: Campus.
- Plötzl, Norbert F. 2019. *Der Treuhand-Komplex. Legenden. Fakten. Emotionen*. Hamburg: kursbuch edition.
- Pollack, Detlef. 2020. *Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute*. Bielefeld: transcript.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.). 2019. „Wende“? „Friedliche Revolution“? „Mauerfall“? 19. Oktober.
- Schroeder, Klaus. 2002. Zusammenbruch der DDR. In *Lexikon der deutschen Geschichte 1945–1990*, Hrsg. Michael Behnen. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Schuller, Wolfgang. 2009. *Die deutsche Revolution 1989*. Berlin: Rowohlt Berlin Verlag.
- Schumann, Frank. 2016. *„Post aus Chile – die Korrespondenz mit Margot Honecker“*. Berlin: Verlag Edition Ost.
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.